

**Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik,
Wahlabsicht der Unzufriedenen und ihre Neigung
zur Wahl rechtsextremer Parteien bzw. der PDS
im Sommer 1998**

Richard Stöss

Anschrift des Verfassers:

PD Dr. Richard Stöss

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)

lnnestr. 26, 14195 Berlin

Tel. (030) 838-52023 (Skr. 55045), Fax (030) 838-54960

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/OSI/>

INHALT

Gegenstand der Untersuchung.....	3
Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik.....	3
"Modernisierungsverlierer", Globalisierungsrisiken und "Wendeopfer".....	4
Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung.....	6
Unzufriedenheit und extrem rechte Einstellungen.....	7
Die Wahlabsicht der Unzufriedenen.....	10
Die Neigung der Unzufriedenen zu rechtsextremen Parteien.....	14
Die Anhänger von PDS und REP/DVU/NPD im Vergleich.....	15
Fazit.....	17

ZUSAMMENFASSUNG

Knapp zwei Drittel der Bürger der Bundesrepublik sind mit der Demokratie unzufrieden. Die eine Hälfte der Unzufriedenen kritisiert die Art und Weise, wie die Demokratie von Politikern und Parteien in die Praxis umgesetzt wird (Politikverdrossene), die andere Hälfte der Unzufriedenen kritisiert darüber hinaus auch das demokratische Prinzip, wie es im Grundgesetz festgelegt ist (Systemverdrossene). In Ostdeutschland beträgt der Anteil der Unzufriedenen sogar 72 Prozent (in Westdeutschland 57%). Während sich das Ausmaß der Politikverdrossenheit in West und Ost nicht unterscheidet (jeweils 30%), ist die Systemverdrossenheit in den neuen Ländern anderthalbmal so groß wie in den alten.

Mit der Demokratie zufrieden sind vorwiegend Angehörige der Oberschicht (zumeist Männer), systemverdrossen sind überwiegend Angehörige der Unterschicht (zumeist Frauen). Politikverdrossenheit findet sich gleichermaßen in allen Schichten, also auch in der Mittelschicht. Je stärker die Unzufriedenheit mit der Demokratie, desto größer die Neigung zum Rechtsextremismus. Sie ist in der systemverdrossenen Unterschicht besonders stark ausgeprägt. Rechtsextreme Einstellungen werden offenbar weniger durch Politikverdrossenheit, sondern in erster Linie durch Systemverdrossenheit hervorgerufen.

Politikverdrossenheit wirkt sich bei Wahlen nachteilig für die Bonner Regierungsparteien CDU/CSU und FDP aus und begünstigt fast ausschließlich die SPD. Systemverdrossenheit erfolgt zu Lasten von allen etablierten Parteien (eher allerdings der CDU/CSU als der SPD) und stärkt extreme Randparteien und das Nichtwählerlager. Wo Systemverdrossenheit vorherrscht, verdreifacht sich die Anhängerschaft der rechtsextremen Parteien, die der PDS verdoppelt sich.

CDU/CSU und FDP sind Parteien der mit der Demokratie zufriedenen Bürger. Ihre Wahlchancen dürften sich verbessern, wenn die Zufriedenheit in der Bevölkerung wächst. Die SPD ist die Partei der gemäßigt (Un-)Zufriedenen, der politischen "Mitte" gewissermaßen. Sie konkurriert mit den Bonner Regierungsparteien um Zufriedene und Politikverdrossene aus der Mittel- und Oberschicht. Die PDS wird besonders häufig von der systemverdrossenen Oberschicht (in Ostdeutschland) gewählt, die rechtsextremen Parteien überwiegend von der systemverdrossenen Unterschicht (v.a. Arbeiter, Arbeitslose, einfache Angestellte).

Die SPD profitiert kaum von der Systemverdrossenheit in der Unter- und Mittelschicht. Dieses Potential, das 27 Prozent der Wahlberechtigten ausmacht und auch als "Modernisierungsverlierer" bezeichnet wird, gehörte unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten einst zu ihrer Wählerbasis und verfügt gegenwärtig über keinen Ansprechpartner bei den etablierten Parteien. Es wird so in den unkonventionellen Bereich des Wahlverhaltens abgedrängt: in den rechtsextremen Bereich oder ins Lager der Nichtwähler.

GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNG

Wenn Ansprüche oder Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, stellt sich Unzufriedenheit ein. Unzufriedenheit ist zunächst eine subjektive Befindlichkeit, die sich in **Kritik an bestimmten Zuständen** niederschlägt. Große politische Unzufriedenheit äußert sich erfahrungsgemäß auch - wenigstens teilweise - in einer entsprechenden politischen Praxis, in **unterschiedlichen Formen von unkonventionellem ("abweichendem") Verhalten**, wie beispielsweise Protest, Gewalt oder die Wahl extremer Parteien.

In der Bundesrepublik ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie mittlerweile sehr groß. Die Untersuchung will das Ausmaß dieser Unzufriedenheit ermitteln, mögliche Ursachen dafür benennen und die Auswirkungen auf das Wahlverhalten aufklären.

UNZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN DER BUNDESREPUBLIK

Prinzipiell bestehen **zwei Arten von Demokratiekritik**: Kritik an der Demokratie schlechthin und Kritik an ihrer Durchführung. Im erstgenannten Fall wird das demokratische Prinzip - die Herrschaftsform, wie sie in der Verfassung festgelegt ist - grundsätzlich in Frage gestellt. Im zweitgenannten Fall wird das demokratische Prinzip als solches zwar nicht kritisiert, wohl aber die Art und Weise, wie demokratische Herrschaft von Politikern und politischen Institutionen (z.B. von Parteien) praktiziert wird. Diese Variante der Unzufriedenheit wird oft auch als Politik- oder Parteiverdrossenheit bezeichnet.

Bei den folgenden Analysen¹ unterscheiden wir drei Gruppen:

- Befragte, die sowohl mit den verfassungsmäßigen Grundlagen als auch mit der Durchführung bzw. dem Funktionieren der Demokratie im politischen Alltag der Bundesrepublik zufrieden sind (**Zufriedene**).
- Befragte, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind (**Politikverdrossene**).
- Befragte, die sowohl mit den verfassungsmäßigen Grundlagen als auch mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind (**Systemverdrossene**²).

1 Ausgewählte Ergebnisse einer Studie des Otto-Stammer-Zentrums, finanziert durch die Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und die Freie Universität Berlin. Leitung: Richard Stöss, Oskar Niedermayer. Datenerhebung: forsa; Zeitraum: Mai/Juni 1998; Befragte: 3764 ab 14 Jahre (West: 2004, Ost: 1760), davon 3186 Wahlberechtigte ab 18 Jahre (West: 1874, Ost: 1312), alle Angaben über Gesamtdeutschland sind dem West-Ost-Anteil entsprechend gewichtet.

2 Systemverdrossene Personen sind nicht notwendigerweise im juristischen Sinne verfassungsfeindlich eingestellt. Systemverdrossenheit darf also nicht umstandslos mit politischem Extremismus gleichgesetzt werden.

Politikverdrossene und systemverdrossene Personen werden insgesamt als **Unzufriedene** bezeichnet.

- **Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik ist außerordentlich gering:** Nur ein Drittel der Bevölkerung ist mit der Demokratie zufrieden. Knapp zwei Drittel sind unzufrieden. Die Unzufriedenen teilen sich etwa zur Hälfte in Politikverdrossene und Systemverdrossene auf. In Ostdeutschland sind sogar nur rund 20 Prozent zufrieden, knapp 30 Prozent politikverdrossen und über 40 Prozent systemverdrossen:

	BRD	West	Ost
Zufriedene	33	37	21
Unzufriedene	61	57	72
davon:			
Politikverdrossene	30	30	29
Systemverdrossene	31	27	43
WN/KA	6	6	7

(Bevölkerung ab 14 Jahre.)

- **Der Ost-West-Unterschied besteht im Kern darin, daß der Anteil der Systemverdrossenen in den neuen Bundesländern anderthalbmal so groß ist wie in den alten Ländern** (vgl. auch Grafik 1). Bei der Politikverdrossenheit ist dagegen keine Abweichung festzustellen.

"MODERNISIERUNGSVERLIERER", GLOBALISIERUNGSRISIKEN UND "WENDEOPFER"

Welche sozialen Gruppen sind besonders zufrieden, welche besonders unzufrieden bzw. verdrossen?

Mit der Demokratie insgesamt *stark* überdurchschnittlich **zufrieden** sind Männer (40%), Hochgebildete (43%), Beamte (56%) und Bezieher hoher Einkommen (45%). *Stark* überdurchschnittlich **systemverdrossen** sind Frauen (37%), Arbeitslose (47%), Arbeiter (40%) und Geringverdienende (42%) (Tabelle 1). Dies gilt im großen und ganzen auch für die neuen Bundesländer (Tabelle 2). Eine Ausnahme bilden offenbar die Beamten, die im Westen überaus zufrieden, im Osten jedoch zu 50 Prozent systemverdrossen (und zu weiteren über 40 Prozent politikverdrossen) sind. Dabei müssen allerdings die geringen Fallzahlen bei den zufriedenen Beamten im Osten beachtet werden.

Zufriedenheit und Systemverdrossenheit hängen offenbar eng mit dem sozialen Status der Befragten (Beruf, Bildung, Einkommen, nicht aber Alter) zusammen. Im Interesse der Übersichtlichkeit bilden wir daher drei Statusgruppen, die sich nach Einkommen und Bildung unterscheiden: **Oberschicht** (hohes Einkommen, hohe Bildung), **Mittelschicht** (mittleres Einkommen, mittlere Bildung) und **Unterschicht** (niedriges Einkommen, niedrige Bildung). Die Unterschicht (43% der Bevölkerung) be-

steht hauptsächlich aus Arbeitslosen, einfachen und Facharbeitern sowie Nichterwerbspersonen. In der Mittelschicht (29%) herrschen die einfachen Angestellten vor. In der Oberschicht (28%) finden sich vor allem verantwortliche Angestellte, Beamte und Selbständige (vgl. Tabelle 3)³.

Zwischen Befragten, die mit der Demokratie zufrieden sind, und systemverdrossenen Personen bestehen deutliche sozialstrukturelle Unterschiede:

- **Mit der Demokratie zufrieden sind vorwiegend (männliche) Oberschichtangehörige, Systemverdrossenheit findet sich hauptsächlich in der Unterschicht (dort primär bei Frauen).** Zufriedene und Systemverdrossene bilden also auch hinsichtlich ihres sozialen Status Kontrastgruppen.

Politikverdrossenheit kann als Übergangsstadium von Zufriedenheit zu Systemverdrossenheit angesehen werden, gewissermaßen als mäßige Unzufriedenheit (bzw. Zufriedenheit) mit der Demokratie. Bis auf eine Ausnahme (Befragte mit hoher Bildung) existieren keine *stark* überdurchschnittlich politikverdrossenen sozialen Gruppen. **Politikverdrossenheit ist offenbar kaum ein schichtspezifisches, sondern eher ein durchgängiges Merkmal der bundesdeutschen Gesellschaft** (auch geschlechterspezifische Unterschiede spielen kaum eine Rolle). Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß die Mittel- und die Oberschicht für Politikverdrossenheit etwas anfälliger ist als die Unterschicht.

Während in der Unterschicht mit 40 Prozent die Systemverdrossenen dominieren⁴, herrschen in der Oberschicht mit 43 Prozent die Zufriedenen vor. In der Mittelschicht haben wir es mit einem nahezu ausgewogenen Verhältnis zu tun: 36 Prozent Zufriedene, 31 Prozent Politikverdrossene und 30 Prozent Systemverdrossene (Tabelle 4). Die soziale Mitte bildet grosso modo auch die **politische Mitte** zwischen Zufriedenen und Systemverdrossenen.

Wenig überraschend: In den neuen Bundesländern ist die Unzufriedenheit in allen Schichten wesentlich größer als im Westen.

- Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt (auch) von Bildung und Einkommen ab. Wer über eine gute Qualifikation und einen hohen Lebensstandard verfügt, steht der politischen Ordnung der Bundesrepublik zumeist positiv gegenüber. Personen mit geringer Bildung und kargem Einkommen (dabei handelt es sich um 70% Frauen und 30% Männer) betrachten das demokratische System dagegen weithin besonders kritisch. Vermutlich fühlen sie sich benachteiligt ("relative Deprivation") und rechnen sich wenig Zukunftschancen aus. Diese Personen werden oft als "**Modernisierungsverlierer**" bezeichnet.

3 Dies gilt für die Bundesrepublik insgesamt. In Ostdeutschland zählen die Facharbeiter eher zur Mittelschicht.

4 Die Systemverdrossenen speisen sich zu 55 Prozent aus der Unterschicht, zu 28 Prozent aus der Mittelschicht und zu 17 Prozent aus der Oberschicht.

- Systemverdrossenheit findet sich besonders häufig in der Unterschicht. Gerade die traditionelle Arbeiterschaft vor allem in den alten "Schornstein-Industrien", die maßgeblich an der ersten industriellen Revolution beteiligt war, bildet heute eine absterbende Klasse - vergleichbar mit dem alten Besitzmittelstand in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Der soziale und technologische Wandel der gegenwärtigen zweiten industriellen Revolution bedroht aber nicht nur die Unterschicht. Die damit verbundenen Tendenzen zur Globalisierung (insbesondere zur Verschärfung des internationalen Wettbewerbs), zur Entwertung des Nationalstaats und zur Multikulturalität der Gesellschaften betreffen - in geringerem Ausmaß - auch die Mittel- und sogar die Oberschicht. Das Bedrohungsgefühl ist hier jedoch geringer und die Demokratiekritik weniger fundamental, weil sich diese Schichten bessere Zukunftschancen ausrechnen (können). **Unzufriedenheit mit der Demokratie ist jedenfalls nicht ausschließlich ein Unterschichtphänomen. Sie existiert - mit unterschiedlicher Verbreitung und Intensität - in allen gesellschaftlichen Gruppen und gründet sich nicht nur auf aktuelle soziale Notlagen, sondern auch auf Ängste vor den Risiken der Globalisierung.**
- Dies gilt für die Republik insgesamt, insbesondere aber für den Westen. In den neuen Bundesländern ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie unter den Hochgebildeten und finanziell Wohlhabenden nämlich besonders groß. Dabei dürfte es sich zumeist um die "politische Klasse"⁵ der DDR handeln, die nach dem Systemwechsel von 1989/90 ("Wende") ihr Ansehen und ihren Einfluß nahezu vollkommen verloren hat. Ihre Unzufriedenheit kann sich kaum auf soziale Not gründen, wohl aber auf den eingetretenen Prestigeverlust, der bei den ehemaligen DDR-Eliten dem weit verbreiteten Gefühl Vorschub leistet, "Wendeopfer" zu sein.

UNZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE UND DER GESELLSCHAFTSORDNUNG

Zur weiteren Vertiefung der Analyse werden wir nun drei Kerngruppen der Gesellschaft miteinander vergleichen. Sie machen zwar nur rund 40 Prozent der Befragten aus, bilden aber mit Blick auf die Sozialstruktur und die Zufriedenheit mit der Demokratie herausragende Kontrastgruppen:

- die systemverdrossene Unterschicht,
- die politikverdrossene Mittelschicht und
- die zufriedene Oberschicht.

72 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht und 62 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht halten die **Gesellschaftsordnung** der Bundesrepublik für eher ungerecht. Gerechtigkeit billigen ihr gerade einmal 8 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht und immerhin 18 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht zu. Anders die zufriedene Oberschicht: 52 Prozent fällen das Urteil "eher gerecht", und nur 27 Prozent glauben, die Gesellschaftsordnung sei eher ungerecht (Tabelle 5). In Ostdeutschland ist die zufriedene Oberschicht allerdings deutlich skeptischer ge-

⁵ Dazu zählen neben den politischen auch die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Eliten.

genüber der Gesellschaftsordnung: Nur 36 Prozent halten sie für eher gerecht (Tabelle 6).

- **Zwischen der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Kritik an der Gesellschaftsordnung besteht ein deutlicher Zusammenhang: Je kritischer die Befragten der Gesellschaftsordnung gegenüberstehen, desto unzufriedener sind sie mit der Demokratie.**
- In Ostdeutschland wird die Gesellschaftsordnung generell (auch von der Oberschicht) als ungerechter empfunden als in Westdeutschland. Kritisch äußern sich dort nicht nur - vereinfacht gesagt - die "Modernisierungsverlierer", sondern darüber hinaus eben auch die (vermeintlichen) "Wendeopfer". Damit läßt sich - wenigstens zum Teil - erklären, warum die Unzufriedenheit mit der Demokratie in den neuen Bundesländern weiter verbreitet ist als in den alten.

Dies gilt (wider Erwarten) nicht für die **Bewertung der Wiedervereinigung**. Der Anteil der Personen, die sich als Verlierer der Vereinigung sehen, ist zwar in der systemverdrossenen Unterschicht am größten (26%). Die überwiegende Mehrheit in allen drei Schichten hält sich jedoch weder für Gewinner noch für Verlierer. **Die Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung ist offenbar keine unmittelbare Folgewirkung der deutschen Einheit** (Tabelle 5). In den neuen Bundesländern fällt der Anteil der Befragten, die sich für Gewinner der Wiedervereinigung halten, in allen drei Schichten beinahe doppelt so hoch aus wie in den alten Ländern. Insbesondere die zufriedene Oberschicht in Ostdeutschland sieht sich zu 77 Prozent (West: 25%) auf der Gewinnerseite. In der systemverdrossenen Unterschicht im Osten ist das Gefühl überraschenderweise nicht besonders stark verbreitet, Verlierer der Einheit zu sein. Dies glauben 24 Prozent, bei der systemverdrossenen Unterschicht im Westen sind es 26 Prozent (Tabelle 5, 6).

UNZUFRIEDENHEIT UND EXTREM RECHTE EINSTELLUNGEN

Kritik an der Demokratie bedeutet nicht notwendigerweise Demokratiefeindschaft. Daher ist hier bewußt von Unzufriedenheit die Rede. Aber Demokratiekritik *kann* sich zu einem antidemokratischen Weltbild verdichten. Angesichts der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien fragen wir nun, inwieweit dies tatsächlich der Fall ist.

Die folgende Zahlenübersicht verweist zunächst auf einen erheblichen **West-Ost-Unterschied**: In den neuen Bundesländern ist das rechtsextreme Einstellungspotential⁶ anderthalbmal so groß wie in den alten Ländern. Dies korrespondiert mit dem

6 Die Analyse rechtsextremer Einstellungen ist Gegenstand eines anderen Papiers, das im Rahmen dieser Studie (vgl. Anm. 1) entstanden ist: Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1; Freie Universität Berlin, Berlin 1998. Im Internet abrufbar unter: http://www.sowifo.fu-berlin.de/osi/start_frame.html → Otto-Stammer-Zentrum → Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung.

Das rechtsextreme Einstellungspotential beträgt in der Bevölkerung der Bundesrepublik (ab 14 Jahre) 13 Prozent, in Westdeutschland 12 Prozent und in Ostdeutschland 17 Prozent.

Befund, daß auch die Systemverdrossenheit im Osten anderthalbmal so groß ist wie im Westen. Weiterhin fällt auf, daß die Zufriedenen im Osten fast doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt sind wie die Zufriedenen im Westen. Andererseits unterscheidet sich der Anteil der Rechtsextremisten an den Systemverdrossenen in beiden Teilen Deutschlands kaum.

	Anteil der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen		
	BRD	West	Ost
Zufriedene	9	8	14
Politikverdrossene	14	12	17
Systemverdrossene	19	18	21
Insgesamt	13	12	17

(Bevölkerung ab 14 Jahre.)

- **Trotz der außerordentlich starken Unzufriedenheit mit der Demokratie hält sich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen gegenwärtig in Grenzen.** Selbst unter den Systemverdrossenen beträgt der Anteil der Rechtsextremisten "nur" 20 Prozent. Für sich genommen handelt es sich dabei um einen bedenklich hohen Anteil. Aber es wird auch deutlich, daß nur ein Fünftel derjenigen, die das demokratische Prinzip, also die im Grundgesetz festgelegte Herrschaftsordnung, kritisieren, rechtsgerichtete antidemokratische Vorurteile aufweisen. Auf die überwiegende Mehrheit der Systemverdrossenen trifft das nicht zu (vgl. auch Grafik 2).

Setzen wir nun unsere Kontrastgruppenanalyse fort. Die drei Kontrastgruppen unterscheiden sich deutlich bezüglich ihrer Einstellungen zum Rechtsextremismus. Ein Viertel der systemverdrossenen Unterschicht, knapp 10 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und nur 2 Prozent der zufriedenen Oberschicht zählen zum rechtsextremen Einstellungspotential, das im Bundesdurchschnitt 13 Prozent beträgt (Tabelle 5).

- **Je stärker die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, desto größer die Neigung zum Rechtsextremismus.** Allerdings ist diese nur bei der systemverdrossenen Unterschicht, bei den "Modernisierungsverlierern" also, (stark) überdurchschnittlich ausgeprägt. **Rechtsextreme Einstellungen werden offenbar weniger durch Politikverdrossenheit, sondern in erster Linie durch Systemverdrossenheit hervorgerufen.** So sind auch die sozialen Gruppen, die besonders zu Systemverdrossenheit tendieren, überdurchschnittlich anfällig für rechtsextremes Gedankengut (im Osten noch mehr als im Westen): die Arbeitslosen und die Arbeiter. Und je höher das Haushalts-Nettoeinkommen, desto geringer die rechtsextremen Einstellungen.

- **Wenn es zutrifft, daß rechtsextreme Einstellungen maßgeblich durch Systemverdrossenheit hervorgerufen werden, dann läßt sich das vergleichsweise große Rechtsextremismuspotential im Osten (jedenfalls teilweise) mit der dort besonders hohen Systemverdrossenheit erklären:** Zwar weisen in West und Ost gleichermaßen rund 20 Prozent der Systemverdrossenen (West: 18%, Ost: 21%) rechtsextreme Orientierungen auf, aber der Anteil der Systemverdrossenen beträgt im Westen 27 Prozent und im Osten 43 Prozent.

Vergleicht man die Verbreitung der einzelnen Bestandteile des rechtsextremen Einstellungsmusters (Übersicht 1) in den hier untersuchten drei Konstrastgruppen, dann ergibt sich durchgängig das bekannte Bild: Hohe Potentiale hat allein die systemverdrossene Unterschicht zu verzeichnen. Dabei ragen Fremdenfeindlichkeit und Wohlstandschauvinismus besonders heraus. Bei der politikverdrossenen Mittelschicht und bei der zufriedenen Oberschicht ist es nur der Wohlstandschauvinismus (25% bzw. 9%), also die Ablehnung von fremden Volksgruppen aus hauptsächlich sozio-ökonomischen Gründen. Völkische Motive scheinen bei beiden Untersuchungsgruppen eine nachgeordnete Rolle zu spielen. An zweiter Stelle in der Rangfolge stehen autoritäre und nationalistische Gesinnungen. Pronazistische und antisemitische Einstellungen sind dagegen vergleichsweise unbedeutend. Im Zentrum des rechtsextremen Denkens stehen die Sehnsucht nach einem starken Nationalstaat, die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter mächtige Autoritäten und - vor allem - die Tendenz zur Benachteiligung oder auch Ausgrenzung von Fremden aus primär wirtschaftlichen und sozialen Gründen.

Betrachtet man nur die Verhältnisse in **Ostdeutschland** (Tabelle 6), dann **zeichnet sich die zufriedene Oberschicht durch vergleichsweise starke antidemokratische Orientierungen** aus: 18 Prozent (West: 5%) sind autoritär eingestellt, 9 (3) Prozent nationalistisch, 7 (3) Prozent fremdenfeindlich und 21 (9) Prozent wohlstandschauvinistisch. Als rechtsextrem erweisen sich insgesamt 10 (2) Prozent der zufriedenen Oberschicht Ostdeutschlands. Dabei handelt es sich zwar nicht um einen überdurchschnittlichen Wert (das rechtsextreme Einstellungspotential beträgt im Osten insgesamt 17%), aber doch um einen bemerkenswerten Sachverhalt:

- Das große Rechtsextremismuspotential im Osten beruht nicht nur auf der vergleichsweise starke Systemverdrossenheit in den neuen Ländern, sondern auch darauf, daß die Oberschicht in Ostdeutschland mehr als doppelt so häufig und die Mittelschicht anderthalbmal so häufig zu rechtsextremen Einstellungen neigt wie die Ober- bzw. Mittelschicht in Westdeutschland (vgl. auch Tabelle 9). Mit anderen Worten: **Rechtsextremismus ist im Westen (wie auch Unzufriedenheit mit der Demokratie) wesentlich häufiger ein Unterschichtphänomen als im Osten.**

DIE WAHLABSICHT DER UNZUFRIEDENEN

Wir wenden uns nun dem Wahlverhalten⁷ der Unzufriedenen (bei Bundestagswahlen) zu und gehen dabei zunächst der Frage nach, ob Unzufriedenheit mit der Demokratie unkonventionelles Verhalten begünstigt.

Die Grenze zwischen unkonventionellem und konventionellem Verhalten ist nicht nur schwer zu bestimmen, sie ist auch fließend. Wir nehmen hier folgende, zugegebenermaßen schlichte und gewiß auch nicht unproblematische Unterscheidung vor:

- Die Wahl einer der **etablierten Parteien** (CDU/ CSU, SPD, FDP und B90/G) wird als **konventionelles Verhalten** bezeichnet.
- Als **unkonventionelles Verhalten** gilt die Wahl einer **extremen Randpartei** (PDS, REP/DVU/NPD) und die Wahlenthaltung (**Nichtwähler**). Dazu zählen wir weiterhin die (nur in Umfragen existierenden) Personen, die sich zwar an der Wahl beteiligen wollen, auf die Frage nach ihrer Parteipräferenz "weiß nicht" (WN) angeben oder die Antwort verweigern (KA). Dieser in den Tabellen als "WN/KA" ausgewiesene Personenkreis wird auch als die "**Unentschiedenen**" bezeichnet, wengleich manche davon gar nicht unentschieden sein mögen, sondern nur ihre Wahlabsicht nicht preisgeben wollen.

	Wahlabsicht		
	Bevölkerung insgesamt	Politikverdrossene	Systemverdrossene
CDU/CSU	19	16	12
SPD	30	34	28
FDP	2	1	1
B90/G	4	4	3
PDS	2	3	4
REP/DVU/NPD	1	1	3
Nichtwähler	7	6	9
WN/KA	35	35	40
Konventionell	55	55	44
Unkonventionell	45	45	56

Auf den ersten Blick scheint sich das Wahlverhalten der Unzufriedenen nicht grundsätzlich von dem der Bevölkerung insgesamt zu unterscheiden. Die Abweichungen werden deutlich, wenn die Wahlabsicht zugunsten der etablierten Parteien mit dem unkonventionellen Verhalten konfrontiert wird: Die Politikverdrossenen entscheiden sich dann, wie die Bevölkerung insgesamt, zu 55 Prozent konventionell und zu 45 Prozent unkonventionell. Abweichungen ergeben sich erst für die Systemverdrossenen: Sie entscheiden sich nur zu 44 Prozent für die etablierten Par-

⁷ In Bevölkerungsumfragen wird natürlich nicht das Wahlverhalten einer Person, sondern ihre Wahlabsicht bei einer fiktiven Wahl am nächsten Sonntag ("Sonntagsfrage") gemessen. Wenn hier von Wählern die Rede ist, sind genau genommen Anhänger gemeint.

teien, machen dafür aber zu 56 Prozent von den unkonventionellen Möglichkeiten des Wahlverhaltens Gebrauch.

Der Vergleich der Wahlabsicht der Bevölkerung insgesamt mit der Wahlabsicht der Politikverdrossenen ergibt, daß zwar das Potential der Etablierten gleich bleibt (55%), daß innerhalb der Etablierten aber Verschiebungen stattfinden: Die Bonner Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verlieren insgesamt 4 Prozentpunkte an die SPD (das macht bei den Liberalen immerhin die Hälfte ihrer Anhängerschaft aus). Da Politikverdrossenheit Kritik an der Herrschaftsausübung von Politikern und von Parteien bedeutet, richtet sie sich vor allem auch gegen *regierende* Politiker und Parteien. Insofern profitiert die SPD (nicht aber die Grünen) von der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. **Politikverdrossenheit mißt offenbar weithin Zufriedenheit mit der Regierung (und der Opposition).** Auch innerhalb des unkonventionellen Wählerpotentials ist eine - freilich geringfügige - Verschiebung zu verzeichnen: Die PDS gewinnt einen Prozentpunkt von den Nichtwählern, was ihre Anhängerschaft allerdings um 50 Prozent verstärkt.

Veränderungen im Verhältnis von konventionellem und unkonventionellem Wahlverhalten ergeben sich erst beim Vergleich der Bevölkerung mit den Systemverdrossenen: Die etablierten Parteien verlieren 11 Prozentpunkte: CDU/CSU und FDP zusammen 8, die SPD 2 und die Bündnisgrünen einen. Gewinner sind die "Unentschiedenen" mit 5 Prozentpunkten und die Rechtsextremisten, die PDS und die Nichtwähler mit jeweils 2 Prozentpunkten. Wie sich die "Unentschiedenen" bei der Bundestagswahl tatsächlich verhalten werden, läßt sich aus unserer Umfrage nicht entnehmen. Vermutlich werden sich viele überhaupt nicht an der Wahl beteiligen, einige werden zu ihrer ehemaligen Partei zurückkehren und andere für rechtsextreme Parteien votieren.

Dazu noch eine Anmerkung: Da es zumeist als gesellschaftlich "unerwünscht" gilt, seine Stimme einer rechtsextremen Partei zu geben, bekennen sich viele Befragte nicht zu dieser Absicht. Dieser Personenkreis dürfte besonders häufig auf die Sonntagsfrage mit "weiß nicht" oder überhaupt nicht antworten. **Unter den "Unentschiedenen" könnten sich mithin besonders viele "verkappte" Wähler rechtsextremer Parteien befinden.**

- **Politikverdrossenheit schadet den Regierungsparteien** CDU/CSU und FDP und begünstigt vor allem die SPD, in geringerem Umfang auch die PDS. Die (etablierte) Opposition fängt also die Verluste der Regierung auf, das Wechselspiel von Regierung und Opposition funktioniert.
- **Systemverdrossenheit erfolgt zu Lasten der etablierten Parteien insgesamt**, in erster Linie der Regierung, dann aber auch der Opposition. Sie vergrößert die Ratlosigkeit in der Bevölkerung, für welche Partei man sich entscheiden soll, und sie stärkt extreme Randparteien und das Nichtwählerlager.
- **Die Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft infolge der Systemverdrossenheit sind erheblich:** Die etablierten Parteien verlieren zusammen ein Fünftel ihres Ausgangsbestands (die Unionsparteien sogar knapp ein Drittel), die rechtsextremen Parteien verdreifachen ihre Anhängerschaft, und die PDS verdoppelt sie.

- **Es ist nicht die Unzufriedenheit mit der Demokratie schlechthin, die unkonventionelles Wahlverhalten begünstigt, sondern Systemverdrossenheit.** Systemverdrossenheit wirkt sich zum Zeitpunkt der Umfrage eher zugunsten der rechtsextremen Parteien als der PDS aus, und sie geht eher zu Lasten der CDU/CSU und der FDP als der SPD und den Bündnisgrünen.

Wenn wir nun die Anhängerschaften der einzelnen Parteien betrachten, werden wir nicht nur die drei Kontrastgruppen (systemverdrossene Unterschicht, politikverdrossene Mittelschicht und zufriedene Oberschicht), sondern auch die unzufriedene Oberschicht, die zufriedene Unterschicht und die zufriedene bzw. systemverdrossene Mittelschicht in die Analyse einbeziehen (Tabelle 7 enthält die Daten für die Bundesrepublik insgesamt, Tabelle 8 nur für Ostdeutschland⁸):

- **Die CDU/CSU ist in allen drei Schichten vorrangig eine Partei der mit der Demokratie Zufriedenen.** Sie wird insgesamt von rund 28 Prozent der Zufriedenen, aber nur von 16 Prozent der Politikverdrossenen und von 12 Prozent der Systemverdrossenen gewählt. Und genau die Hälfte ihrer Anhänger speist sich aus dem Lager der Zufriedenen. Dies gilt mit geringfügigen Einschränkungen auch für Ostdeutschland.
- **Die SPD-Anhänger bieten ein diffuses Bild.** Sie lassen mit Blick auf ihre Demokratiezufriedenheit und Schichtzugehörigkeit kein klares Profil erkennen. Die Partei ist zwar bei den Politikverdrossenen und bei den Angehörigen der Mittelschicht überdurchschnittlich populär, in der politikverdrossenen Mittelschicht erreicht sie mit 40 Prozent sogar ihren höchsten Anteil von allen in Tabelle 7 aufgeführten Gruppen (die CDU/CSU weist hier nur einen Anteil von 11% auf). Allerdings erzielt sie auch bei der politik- und systemverdrossenen Oberschicht, bei der zufriedenen Mittelschicht und bei der zufriedenen und der politikverdrossenen Unterschicht vergleichsweise gute Resultate. Unterdurchschnittlich schneidet sie bei der zufriedenen Oberschicht (hier ist die CDU/CSU besonders erfolgreich), bei der systemverdrossenen Mittel- und bei der systemverdrossenen Unterschicht ab. Bei den beiden zuletzt genannten Gruppen bestehen starke Tendenzen zu unkonventionellem Wahlverhalten, zur Unentschiedenheit, zur Nichtwahl, zur Wahl der PDS oder rechtsextremer Parteien. Dies gilt grosso modo auch für Ostdeutschland, wo die SPD allerdings bei der Oberschicht überrepräsentiert ist.
- **Die FDP wird überdurchschnittlich von zufriedenen Personen, zumeist aus der Oberschicht, gewählt.** Über die Hälfte ihrer Anhänger zählt zu den Befragten, die keine Demokratiekritik äußern. Dies trifft uneingeschränkt auch auf Ostdeutschland zu.
- **Die Bündnisgrünen sind eine Oberschichtpartei.** Nur 2 Prozent der Unterschicht und 3 Prozent der Mittelschicht, aber 8 Prozent der Oberschicht wollen ihr bei der nächsten Bundestagswahl die Stimme geben. Und 50 Prozent ihrer Anhänger, mehr als bei jeder anderen Partei, entstammen der Oberschicht. Dabei ist nahezu belanglos, ob die Oberschichtangehörigen zufrieden, politik- oder systemverdrossen sind. Allerdings sind die Systemverdrossenen etwas schwä-

8 Nicht alle mitgeteilten Zahlen sind in diesen beiden Tabellen aufgeführt.

cher vertreten als die Zufriedenen und die Politikverdrossenen. In Ostdeutschland ist Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls eine Oberschichtpartei, dort besteht jedoch ein Übergewicht der mit der Demokratie Zufriedenen.

- Der Zuspruch zur **PDS** steigt mit wachsendem sozio-ökonomischem Status und zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie. **Sie hat in der systemverdrossenen Oberschicht ihren vergleichsweise stärksten Rückhalt** (8% gegenüber 2% in der Bevölkerung insgesamt). Ferner erzielt sie auch gute Resonanz bei der politikverdrossenen Oberschicht und bei der unzufriedenen Mittelschicht. Mit kleineren Abweichungen gilt dies auch für Ostdeutschland. Auch dort zählt die Hälfte ihrer Anhänger zu den Systemverdrossenen, und auch dort wird sie doppelt so oft von der Oberschicht wie von der Unterschicht gewählt.
 - Bei den rechtsextremen Parteien steigt der Zuspruch dagegen mit sinkendem sozio-ökonomischem Status und zunehmender Unzufriedenheit. **Republikaner, DVU und NPD haben in der systemverdrossenen Unterschicht ihre Hochburg**. 80 Prozent ihrer Anhänger gehören der Unterschicht an, 66 Prozent ihrer Anhänger sind systemverdrossen.
 - Der größte Anteil an **Nichtwählern** findet sich bei den Systemverdrossenen und in der Unterschicht: 44 Prozent der Nichtwähler sind systemverdrossen, 50 Prozent kommen aus der Unterschicht. **Wie bei den rechtsextremen Parteien wächst die Tendenz zur Nichtwahl mit sinkendem sozio-ökonomischem Status und zunehmender Unzufriedenheit**. Dies gilt entsprechend für Ostdeutschland.
 - Die Personen, die bei der Sonntagsfrage keine Präferenz nennen (die "**Unentschiedenen**"), sind den **Nichtwählern und den Anhängern rechtsextremer Parteien sehr ähnlich**. Auch sie stammen überwiegend aus der Unterschicht und sind vergleichsweise stark systemverdrossen. Aber das Ausmaß der Systemverdrossenheit ist mit 35 Prozent geringer als bei den Nichtwählern und den Rechtswählern. Nennenswerte Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen auch hier nicht.
-
- Die Bonner Koalitionsparteien **CDU/CSU und FDP** profitieren am meisten von der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie. Da eine kritische Haltung gegenüber der Demokratie eng mit einer negativen Bewertung der Gesellschaftsordnung zusammenhängt, kann davon ausgegangen werden, **daß sich die Wahlchancen der Union und der Liberalen verbessern, wenn die Zufriedenheit in der Gesellschaft insgesamt wächst. Sie dürften sich verschlechtern, wenn diese abnimmt**.
 - Die **SPD** wird in allen drei Schichten eher von den Politikverdrossenen als von den Zufriedenen und den Systemverdrossenen bevorzugt. Sie ist - grob gesprochen - die Partei der politischen Mitte, der gemäßigt (Un-)Zufriedenen. **Sie konkurriert vor allem mit den Bonner Koalitionsparteien um Zufriedene und Politikverdrossene aus der Mittel- und Oberschicht**, wobei sie von der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung profitiert.
 - **Die SPD profitiert jedoch wenig von der Systemverdrossenheit der Mittel- und Unterschicht** (zusammen immerhin 27% der wahlberechtigten Bevölkerung). Dies ist insofern bemerkenswert, als es sich gerade bei den Modernisierungsver-

lierern um ein Potential handelt, das einst zu ihrer Wählerbasis zählte und nun ohne Ansprechpartner im konventionellen Bereich ist.

- **Die Systemverdrossenen der Mittel- und insbesondere der Unterschicht werden in Ermangelung eines angemessenen Angebots der etablierten Parteien in den unkonventionellen Bereich des Wahlverhaltens abgedrängt.** Die PDS ist wegen ihrer Oberschichtorientierung kaum in der Lage, dieses Potential zu integrieren. Es wird sich daher **überwiegend den rechtsextremen Parteien** zuwenden oder Wahlenthaltung praktizieren.

DIE NEIGUNG DER UNZUFRIEDENEN ZU RECHTSEXTREMEN PARTEIEN

Bisher wurde mit Hilfe der "Sonntagsfrage" die Wahlabsicht zur Bundestagswahl ermittelt. Da sich dabei viele Befragte nicht zu ihrer Absicht bekennen, eine rechtsextreme Partei zu wählen, bedienen wir uns nun eines anderen Instruments, um die Bereitschaft auszuloten, irgendwann einmal eine rechtsextreme Partei zu wählen. Mit der Frage "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei Landtagswahlen/ Bundestagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?" messen wir die **Wahlbereitschaft** zugunsten einer rechtsextremen Partei.

- **Die Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei beträgt in der Bundesrepublik 8 Prozent (West: 8%, Ost: 9%).** Sie ist in beiden Teilen Deutschlands gleich groß (Tabelle 9), obwohl Systemverdrossenheit und rechtsextreme Einstellungen in Ostdeutschland anderthalbmal so stark verbreitet sind wie in Westdeutschland (vgl. auch Grafik 3).

Die Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien beträgt bei den Politikverdrossenen in Westdeutschland 6 Prozent, in Ostdeutschland 8 Prozent, die der Systemverdrossenen im Westen 16, im Osten aber nur 10 Prozent. Im Westen liegen das rechtsextreme Einstellungspotential der Systemverdrossenen und ihre Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien etwa auf demselben Niveau: 18 bzw. 16 Prozent. Im Osten klafft hier dagegen eine große Lücke: 21 Prozent rechtsextreme Einstellungen, aber nur 10 Prozent Wahlbereitschaft (Tabelle 9).

Diese Befunde bieten Anlaß für Spekulationen: **Die Erfolgsaussichten für rechtsextreme Parteien scheinen im Osten wesentlich besser zu sein als im Westen.** Insbesondere die ostdeutsche Unterschicht, die zur Hälfte systemverdrossen und zu 25 Prozent rechtsextrem eingestellt ist, könnte einen guten Resonanzboden für die Expansionsbestrebungen der rechtsextremen Parteien abgeben. Sie bekundet gegenwärtig nur zu 9 Prozent ihre Wahlbereitschaft für Republikaner, DVU und NPD, was gerade einmal ostdeutscher Durchschnitt ist.

Aber auch die Unterschicht im Westen bietet offenbar noch Reserven für die Mobilisierung rechtsextremer Parteien, wenn sie sich auch schon heute durch eine überdurchschnittliche Wahlbereitschaft zugunsten von REP/DVU/NPD auszeichnet.

DIE ANHÄNGER VON PDS UND REP/DVU/NPD IM VERGLEICH

Systemverdrossenheit begünstigt unkonventionelles Wahlverhalten: die Entscheidung für rechtsextreme Parteien, für die PDS und für Wahlabstinenz. Ein Vergleich der Anhänger von PDS und REP/DVU/NPD soll Unterschiede und Gemeinsamkeiten verdeutlichen.

Beiden ist gemeinsam, daß sie überwiegend Systemverdrossene und im weiteren dann Politikverdrossene mobilisieren. Mit der Demokratie Zufriedene praktizieren kaum unkonventionelles Wahlverhalten.

Etwa 50 Prozent der PDS-Anhänger und knapp 70 Prozent der Anhänger der rechtsextremen Parteien sind systemverdrossen. Weitere 38 (PDS) bzw. 32 (REP/DVU/NPD) Prozent sind politikverdrossen. Die Postkommunisten verfügen in ihrer Wählerschaft zudem noch über 10 Prozent Zufriedene.

Auf einen fundamentalen Unterschied ist bereits hingewiesen worden: Vier Fünftel der Wähler der Rechtsextremisten entstammen der Unterschicht, bei der PDS sind es gerade einmal 32 Prozent. Und während über die Hälfte der Unterschicht-Anhänger von REP/DVU/NPD systemverdrossen sind, beträgt der entsprechende Wert für die PDS nur 19 Prozent (Tabelle 10). **Die Rechtsextremisten repräsentieren folglich in erster Linie die systemverdrossene Unterschicht, während die PDS überwiegend von der systemverdrossenen, ferner auch von der politikverdrossenen Ober- und Mittelschicht bevorzugt wird.**

Beide Anhängerschaften sind zu über 80 Prozent der Auffassung, daß die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik eher ungerecht ist. Als Verlierer der deutschen Einheit bezeichnen sich anderthalbmal so viele Wähler der rechtsextremen Parteien wie der PDS (32% zu 22%).

Daß die Anhänger von REP/DVU/NPD eher rechtsgerichtete Einstellungen aufweisen, ist wenig verwunderlich, die der PDS dürften eher links orientiert sein (was in unserer Umfrage allerdings nicht gemessen wurde). Gemeinsamkeiten bei den hier erhobenen antidemokratischen Einstellungen bestehen kaum. Allerdings ist die **PDS-Gefolgschaft keineswegs frei von wohlstandschauvinistischen, autoritären und fremdenfeindlichen Vorurteilen.** Aber die Anteile liegen stets deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (Tabelle 11).

Die PDS verfügt offenbar über eine stabilere Wählerbasis als die rechtsextremen Parteien. Knapp 60 Prozent der PDS-Anhänger sind Wiederwähler, bei den Rechtsextremisten beträgt der entsprechende Anteil 40 Prozent. Und 80 Prozent der Anhänger der rechtsextremen Parteien wollen mit ihrer Wahlentscheidung einer oder allen anderen Parteien wegen ihrer gegenwärtigen Politik einen Denkkzettel verpassen. Bei der PDS wollen das nur 35 Prozent. **Das Protestmotiv spielt bei den Wählern der Rechtsaußen-Parteien scheinbar eine ausschlaggebende Rolle** (was der Tatsache keineswegs entgegensteht, daß die Wähler überwiegend rechtsextrem eingestellt sind). Die PDS-Anhänger sind bei ihrer Wahlentscheidung dagegen wesentlich weniger auf die etablierten Parteien fixiert.

Rund 10 Prozent beider Anhängerschaften stammen aus dem Lager der SPD. Während REP/DVU/NPD aber 20 Prozent ihrer Wähler aus dem Lager der Bonner Koalitionsparteien beziehen, sind es bei der PDS nur 10 Prozent. Insgesamt verdanken die Rechtsextremisten ein Drittel ihrer Wähler den etablierten Parteien, die PDS ein Fünftel. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß **zwischen beiden Anhängerschaften keine Fluktuation stattfindet**. Dafür sind Mentalität und soziale Herkunft wohl zu unterschiedlich.

- **Die rechtsextremen Parteien und die PDS nehmen ähnliche Funktionen im Parteiensystem wahr:** Sie bilden ein Auffangbecken für Personen, die mit der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind und keinen Ansprechpartner bei den etablierten Parteien finden.
- **PDS und Rechtsextremisten unterscheiden sich allerdings deutlich hinsichtlich ihrer Weltanschauung und ihrer sozialen Basis:** Erstere sind am linken Rand des Parteienspektrums angesiedelt und repräsentieren eher gebildete und wohlhabende Schichten, letztere sind am rechten Rand angesiedelt und repräsentieren eher gering qualifizierte und einkommensschwache Schichten. Daß die extreme Rechte vor allem für den "kleinen Mann auf der Straße" attraktiv ist, während sich die Postkommunisten vor allem auf das gehobene (Klein-) Bürgertum stützen, beweist einmal mehr, daß wir heute keine "Weimarer Zustände" haben.
- Trotz der funktionalen Übereinstimmung bilden REP/DVU/NPD einerseits und die PDS andererseits Extreme im Parteienwettbewerb. Sie verdanken ihre Existenz unterschiedlichen Problemgruppen: **Die PDS hauptsächlich den "Wendegeschädigten" im Osten, die Rechtsextremisten zumeist den "Modernisierungsverlierern" in beiden Teilen Deutschlands.**
- Während die PDS in erster Linie eine Milieupartei darstellt, die sich vornehmlich auf die ehemalige politische Klasse der DDR gründet, **haben die rechtsextremen Parteien überwiegend Protestcharakter und folglich bessere Expansionsschancen (vor allem im Osten).** Allerdings dürfte die PDS über eine stabilere (wenngleich tendenziell abschmelzende) Wählerschaft verfügen, während REP/DVU/ NPD vergleichsweise stark von der Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit der etablierten Parteien abhängen. Das könnte aber auch bedeuten, **daß das rechtsextreme Wählerpotential eher für die etablierten Parteien erreichbar ist als weithin festgefügte Milieu der PDS.**

FAZIT

Alle etablierten Parteien - neben CDU/CSU und SPD auch FDP und Bündnisgrüne - unterschätzen die Bedeutung der Systemverdrossenen, die in Westdeutschland immerhin knapp 30 Prozent, in Ostdeutschland sogar über 40 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen.

Die etablierten Parteien stützen sich zumeist auf die Mittel- und Oberschicht und dabei wiederum überwiegend auf die mit der Demokratie Zufriedenen oder auf die Politikverdrossenen. Das untere, systemverdrossene Drittel der Gesellschaft (im Osten handelt es sich sogar um fast die Hälfte der Bevölkerung) spielt für sie offenbar eine Nebenrolle.

Dies könnte sich als (wahl-) strategischer Fehler erweisen. Denn dieses Potential ist hinsichtlich seines Wahlverhaltens schwer kalkulierbar. Die aktuellen Hochrechnungen vermitteln zwar den Eindruck, als würden weder die PDS noch die rechtsextremen Parteien bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Allerdings weisen alle Umfragen, auch unsere, bis zu knapp 40 Prozent der Befragten aus, die noch unsicher sind, wie sie sich bei der Bundestagswahl verhalten werden, oder die sich diesbezüglich nicht "outen" wollen.

Langjährige Erfahrung lehrt uns, daß sich die "Unentschiedenen" in ihrer überwiegenden Mehrheit letztlich den etablierten Parteien zuwenden oder sich gar nicht an der Wahl beteiligen. Dies mag auch wieder für die bevorstehende Bundestagswahl gelten. Der deutsche Wähler neigt schließlich nicht sonderlich zu Experimenten.

Dabei ist allerdings zu bedenken, daß sich in letzter Zeit die Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert haben: Unzufriedenheit und Zukunftspessimismus sind seit 1994 dramatisch angewachsen. Die vorherrschende Grundstimmung in der Bevölkerung ist heute stark negativ, auch wenn sich eine leichte Trendumkehr (freilich auf sehr hohem Niveau) andeutet. Der "Frust" ist immer noch riesengroß.

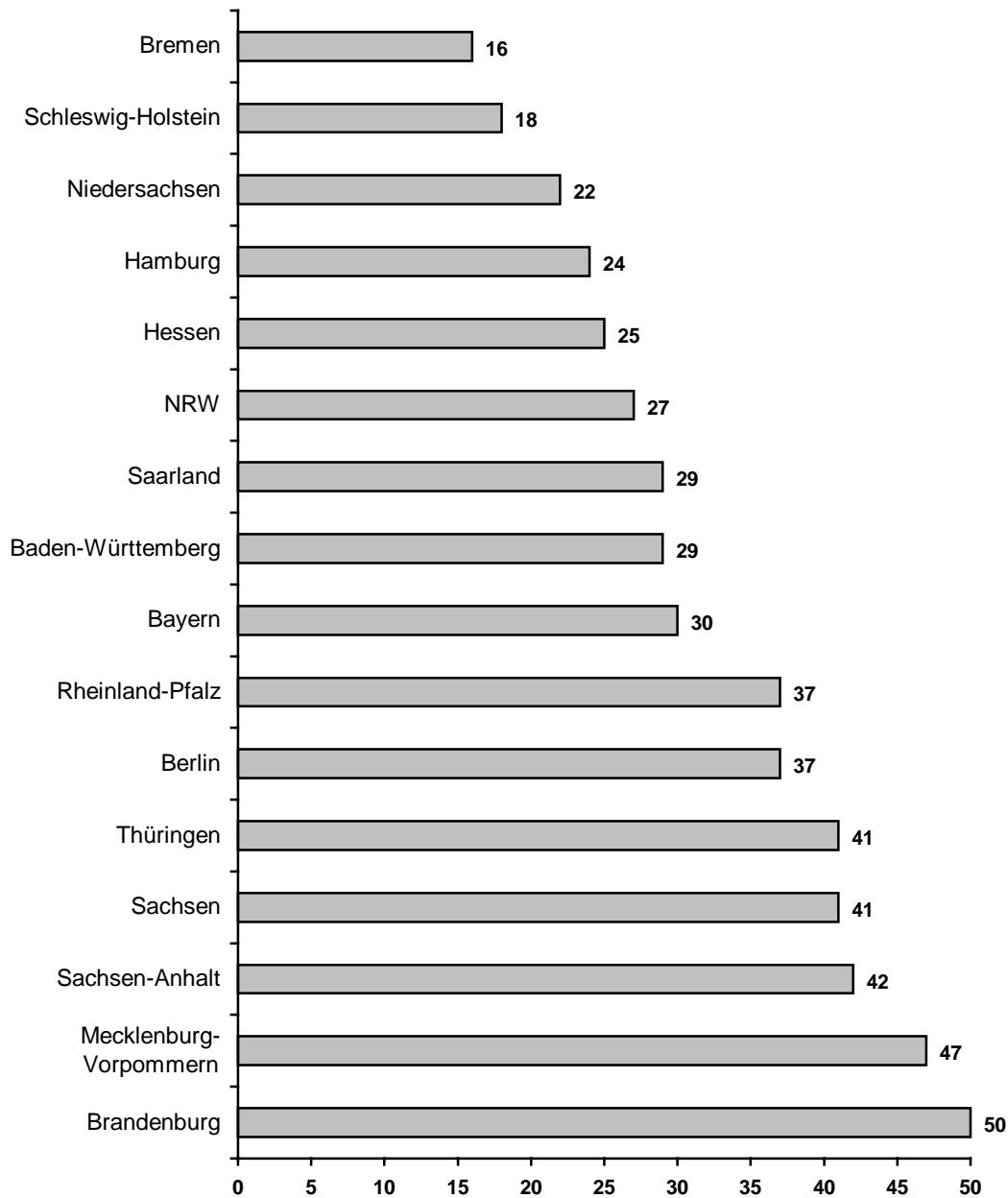
Langjährige Erfahrung lehrt uns, daß sich Unzufriedenheit in Deutschland nur ausnahmsweise in unkonventionellem politischem Verhalten niederschlägt.

Dabei ist allerdings zu bedenken, daß es immer auch Ausnahmen von dieser Regel gegeben hat. Wenn sich die etablierten Parteien vor Überraschungen schützen wollen, sollten sie die "Botschaft" der Systemverdrossenen ernster als bisher nehmen.

Anhang

Grafiken, Übersicht, Tabellen

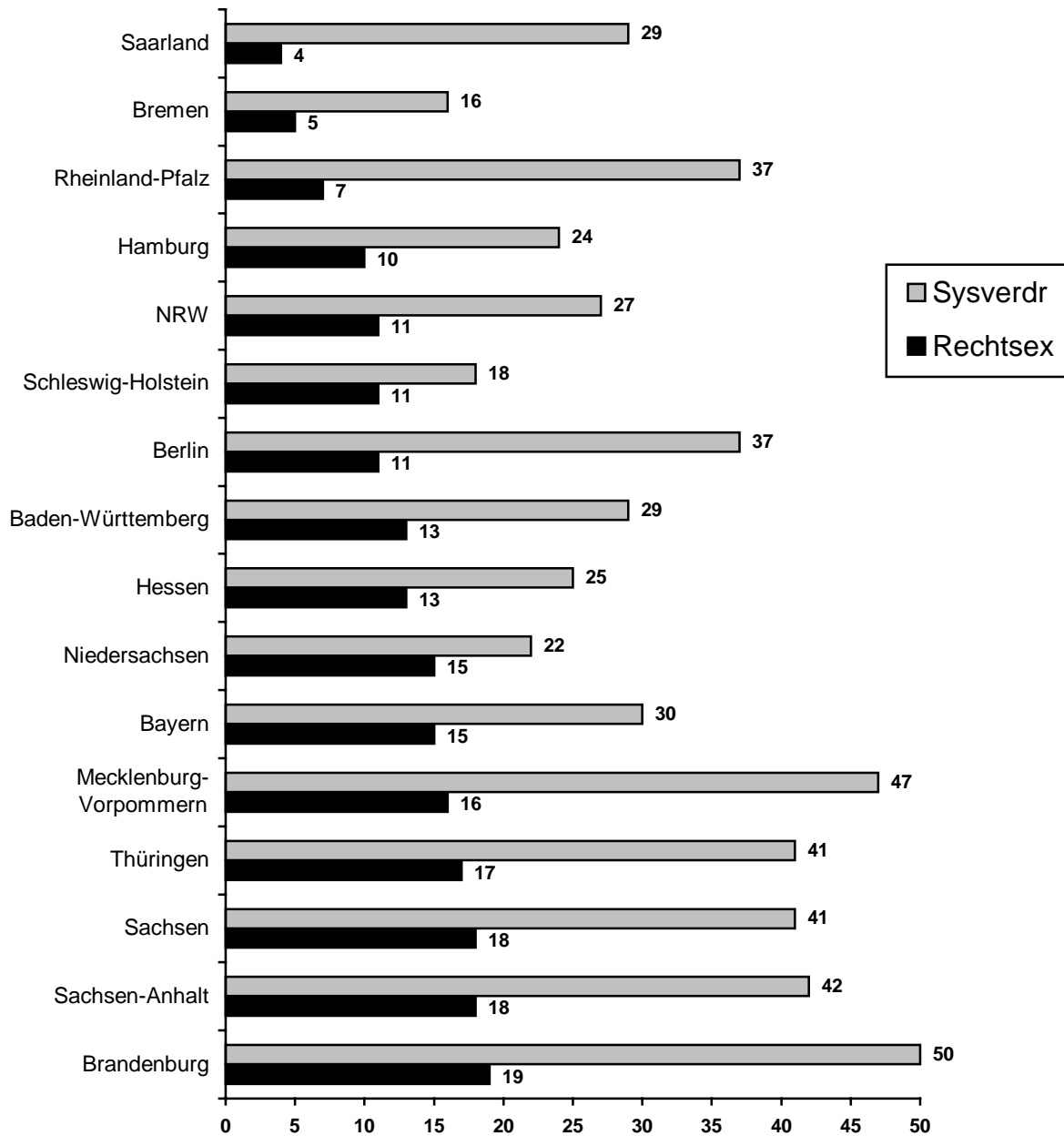
**Grafik 1: Systemverdrossenheit in den Bundesländern,
Mai/Juni 1998 (%)**



Bevölkerung ab 14 Jahre (N=3764).
Datenquelle: forsa.

	Berlin-West	Berlin-Ost
Systemverdrossenheit	36	38

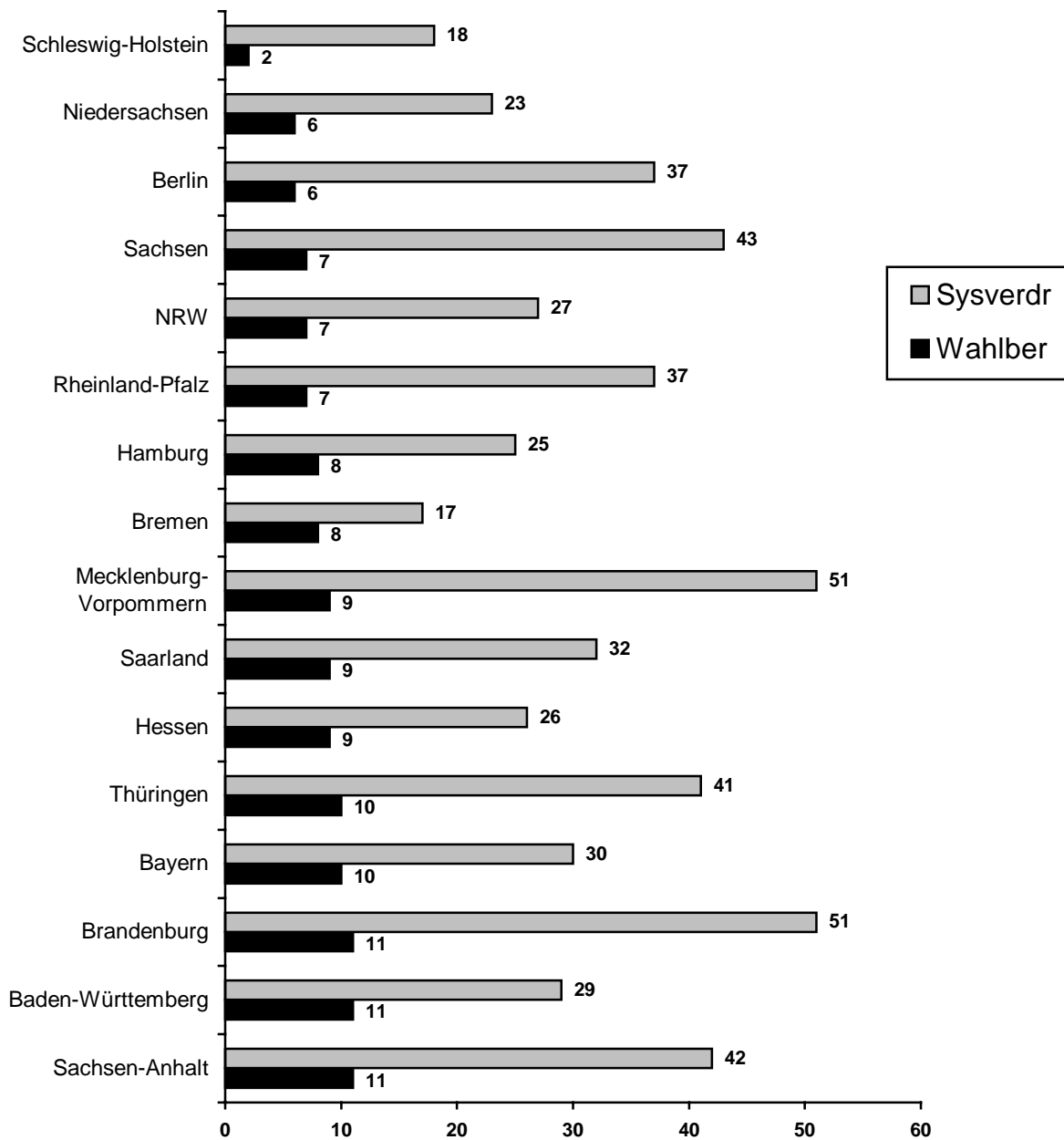
Grafik 2: Systemverdrossenheit und rechtsextremes Einstellungspotential in den Bundesländern, Mai/Juni 1998 (%)



Bevölkerung ab 14 Jahre (N=3764).
Datenquelle: forsa.

	Berlin-West	Berlin-Ost
Systemverdrossenheit	36	38
Rechtsextremes Einstellungspotential	12	11

Grafik 3: Systemverdrossenheit und Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien in den Bundesländern, Mai/Juni 1998 (%)



Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).
Datenquelle: forsa.

	Berlin-West	Berlin-Ost
Systemverdrossenheit	35	39
Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien	10	3

Übersicht 1:

Die Bestandteile des rechtsextremen Weltbildes

Beim Rechtsextremismus handelt es sich um ein **Einstellungsmuster**, dem (in Deutschland) zumeist folgende Bestandteile zugerechnet werden:

- **Autoritarismus** ist - vereinfacht ausgedrückt - die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere bzw. unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer.
- **Nationalismus** erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab.
- **Fremdenfeindlichkeit** (oder auch Ethnozentrismus) bewertet die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch und neigt dazu, fremde Volksgruppen zu benachteiligen, auszugrenzen oder gar abzuwerten.
- **Wohlstandschauvinismus** diskriminiert die Mitglieder fremder Volksgruppen im eigenen Land nicht prinzipiell, will ihnen aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand verwehren. Maßgeblich sind weniger ethnische, sondern vor allem sozio-ökonomische Motive.
- Unter **Antisemitismus** versteht man die Feindschaft gegenüber Juden, die als minderwertig und gefährlich angesehen werden.
- **Pronazismus** zielt darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sogar zu rechtfertigen.

Tabelle 1: Ausgewählte Bevölkerungsgruppen nach mit der Demokratie Zufriedenen, Politikverdrossenen und Systemverdrossenen im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)			
	Zufriedene ¹⁾	Politikverdrossene ²⁾	Systemverdrossene ³⁾
Insgesamt	33	30	31
Geschlecht:			
Männer	40	31	25
Frauen	27	28	37
Alter:			
14-17	28	28	31
18-24	28	33	34
25-34	36	27	32
35-44	32	34	30
45-54	31	30	33
55-64	37	28	29
65-74	33	30	29
75-	35	21	32
Bildung:			
Niedrig	30	26	36
Mittel	32	31	34
Hoch	43	36	18
Erwerbs-/Berufsstatus:			
Arbeitslose	22	25	47
Arbeiter	26	28	40
Angestellte	37	34	27
Beamte	56	31	11
Selbständige	37	32	25
Nichterwerbspers.	32	28	32
Haushaltseinkommen:			
-2500 DM netto	25	27	42
2501-5499 netto	34	31	31
5500+ netto	45	35	16

Bevölkerung ab 14 Jahre (N=3764). An 100% fehlende Angaben: weiß nicht/keine Antwort. Quelle: forsa.

- 1) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 2) Befragte, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.

Tabelle 2: Ausgewählte Bevölkerungsgruppen nach mit der Demokratie Zufriedenen, Politikverdrossenen und Systemverdrossenen im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt in Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)			
	Zufriedene ¹⁾	Politikverdrossene ²⁾	Systemverdrossene ³⁾
Insgesamt	21	29	43
Geschlecht:			
Männer	25	31	38
Frauen	17	28	47
Alter:			
14-17	13	36	43
18-24	16	34	49
25-34	24	27	44
35-44	22	31	42
45-54	18	29	48
55-64	22	31	39
65-74	22	28	38
75-	24	16	44
Bildung:			
Niedrig	21	23	45
Mittel	18	31	47
Hoch	28	33	32
Erwerbs-/Berufsstatus:			
Arbeitslose	16	24	53
Arbeiter	18	27	50
Angestellte	22	34	41
Beamte	*7	43	50
Selbständige	30	28	28
Nichterwerbspers.	21	29	41
Haushaltseinkommen:			
-2500 DM netto	20	24	50
2501-5499 netto	19	34	42
5500+ netto	40	34	21

Bevölkerung ab 14 Jahre (N=1760). An 100% fehlende Angaben: weiß nicht/keine Antwort. Quelle: forsa.

- 1) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 2) Befragte, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.

Tabelle 3: Die Zusammensetzung der Erwerbs- bzw. Berufsgruppen nach Schichten in West- und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)						
	Unterschicht ¹⁾		Mittelschicht ²⁾		Oberschicht ³⁾	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Arbeitslose	72	73	23	23	5	5
Einfache Arbeiter	76	59	18	41	6	0
Facharbeiter	62	30	29	55	9	15
Einfache Angestellte	28	20	43	46	29	34
Verantw. Angestellte	17	5	28	35	55	60
Beamte	23	6	24	33	53	61
Selbständige	21	8	25	26	53	66
Nichterwerbspersonen	56	62	25	26	19	12
Insgesamt	44	41	28	34	28	26

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).

Datenquelle: forsa.

- 1) Niedrige Bildung, niedriges Netto-Haushaltseinkommen.
- 2) Mittlere Bildung, mittleres Netto-Haushaltseinkommen.
- 3) Hohe Bildung, hohes Netto-Haushaltseinkommen.

Tabelle 4: Die Zusammensetzung der Schichten nach mit der Demokratie Zufriedenen, Politikverdrossenen und Systemverdrossenen in der Bundesrepublik, in West- und Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)						
Bundesrepublik						
	Unterschicht ⁴⁾		Mittelschicht ⁵⁾		Oberschicht ⁶⁾	
Zufriedene ¹⁾	28		36		43	
Politikverdrossene ²⁾	27		31		36	
Systemverdrossene ³⁾	40		30		19	
West-Ost-Vergleich						
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Zufriedene ¹⁾	31	18	42	20	47	26
Politikverdrossene ²⁾	28	25	32	30	37	35
Systemverdrossene ³⁾	37	50	25	46	15	32

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=1312).

An 100% fehlende Angaben: weiß nicht/keine Antwort.

Fettdruck = Überdurchschnittliche Werte in der jeweiligen Spalte.

Datenquelle: forsa.

- 1) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 2) Befragte, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.
- 4) Niedrige Bildung, niedriges Netto-Haushaltseinkommen.
- 5) Mittlere Bildung, mittleres Netto-Haushaltseinkommen.
- 6) Hohe Bildung, hohes Netto-Haushaltseinkommen.

Lesebeispiele: 18 Prozent der Unterschicht in Ostdeutschland sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, 25 Prozent sind politikverdrossen und sogar 50 Prozent systemverdrossen.

In der Bundesrepublik zählen 40 Prozent (West: 37, Ost: 50) der Unterschicht, 30 Prozent (West: 25, Ost: 46) der Mittelschicht und 19 Prozent (West: 15, Ost: 32) der Oberschicht zu den Systemverdrossenen.

Tabelle 5: Politische Einstellungen der systemverdrossenen Unterschicht, der politikverdrossenen Mittelschicht und der zufriedenen Oberschicht in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)			
	Systemverdrossene Unterschicht ¹⁾	Politikverdrossene Mittelschicht ²⁾	Zufriedene Oberschicht ³⁾
Beurteilung der Gesellschaftsordnung			
Eher gerecht	8	18	52
Eher ungerecht	72	62	27
Bilanz der Wiedervereinigung			
Gewinner	11	22	25
Verlierer	26	12	5
Antidemokratische Einstellungspotentiale ⁴⁾			
Autoritarismus	20	12	5
Nationalismus	26	7	3
Fremdenfeindlichkeit	30	11	3
Wohlstandschauvinismus	39	25	9
Pronazismus	11	*3	*2
Antisemitismus	12	4	*0
Rechtsextremismus ⁵⁾	24	9	2

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).
Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

- 1) Befragte mit niedriger Bildung und niedrigem Netto-Haushaltseinkommen, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.
- 2) Befragte mit mittlerer Bildung und mittlerem Netto-Haushaltseinkommen, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte mit hoher Bildung und hohem Netto-Haushaltseinkommen, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 4) Vgl. Übersicht 1.
- 5) Siehe dazu Anm. 6 im Text.

Lesebeispiele: 11 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 22 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 25 Prozent der zufriedenen Oberschicht halten sich für Gewinner der deutschen Einheit. Als Verlierer sehen sich 26 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 12 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 5 Prozent der zufriedenen Oberschicht. (Die Werte für die Antwortvorgabe "weder noch" sind nicht ausgewiesen.)

20 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 12 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 5 Prozent der zufriedenen Oberschicht sind autoritär eingestellt.

Tabelle 6: Politische Einstellungen der systemverdrossenen Unterschicht, der politikverdrossenen Mittelschicht und der zufriedenen Oberschicht in Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)			
	Systemverdrossene Unterschicht ¹⁾	Politikverdrossene Mittelschicht ²⁾	Zufriedene Ober- schicht ³⁾
Beurteilung der Gesellschaftsordnung			
Eher gerecht	8	12	36
Eher ungerecht	76	61	32
Bilanz der Wiedervereinigung			
Gewinner	18	42	77
Verlierer	24	8	1
Antidemokratische Einstellungspotentiale ⁴⁾			
Autoritarismus	28	13	18
Nationalismus	24	4	9
Fremdenfeindlichkeit	36	10	7
Wohlstandschauvinismus	52	33	21
Pronazismus	5	*3	*1
Antisemitismus	9	*3	* 1
Rechtsextremismus ⁵⁾	25	11	10

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=1312).

* Geringe Fallzahlen.

Datenquelle: forsa.

- 1) Befragte mit niedriger Bildung und niedrigem Netto-Haushaltseinkommen, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden sind.
- 2) Befragte mit mittlerer Bildung und mittlerem Netto-Haushaltseinkommen, die zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden, mit ihrem Funktionieren jedoch unzufrieden sind.
- 3) Befragte mit hoher Bildung und hohem Netto-Haushaltseinkommen, die mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind.
- 4) Vgl. Übersicht 1.
- 5) Siehe dazu Anm. 6 im Text.

Lesebeispiele: 18 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 42 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 77 Prozent der zufriedenen Oberschicht halten sich für Gewinner der deutschen Einheit. Als Verlierer sehen sich 24 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 8 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 1 Prozent der zufriedenen Oberschicht. (Die Werte für die Antwortvorgabe "weder noch" sind nicht ausgewiesen.)

28 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht, 13 Prozent der politikverdrossenen Mittelschicht und 18 Prozent der zufriedenen Oberschicht sind autoritär eingestellt.

Hier Tabelle 7 im Querformat einfügen. Sie befindet sich am Ende der Datei.

Hier Tabelle 8 im Querformat einfügen. Sie befindet sich am Ende der Datei.

Tabelle 9: Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht, Zufriedene, Politik- und Systemverdrossene nach rechtsextremen Einstellungen¹⁾ und Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien²⁾ in West- und Ostdeutschland im Vergleich mit der jeweiligen Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)				
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Einstellungen	Wahlbereit	Einstellungen	Wahlbereit
Oberschicht [#]	4	4	9	7
Mittelschicht [#]	10	7	16	8
Unterschicht [#]	20	12	25	9
Zufriedene [#]	9	4	15	7
Politikverdrossene [#]	12	6	16	8
Systemverdrossene [#]	18	16	21	10
Oberschicht - davon:				
Zufriedene	*1	*2	10	9
Politikverdrossene	6	*3	12	*3
Systemverdrossene	10	14	7	6
Mittelschicht - davon:				
Zufriedene	8	5	12	7
Politikverdrossene	8	*2	11	7
Systemverdrossene	15	16	22	10
Unterschicht - davon:				
Zufriedene	17	4	24	6
Politikverdrossene	22	12	29	9
Systemverdrossene	23	19	25	10
Insgesamt	12	8	17	9

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).

* Geringe Fallzahlen.

Datenquelle: forsa.

Fettdruck = Überdurchschnittliche Werte in der jeweiligen Spalte.

Erläuterungen: Tabelle 4.

1) Siehe dazu Anm. 6 im Text.

2) "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei Landtagswahlen/Bundestagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?"

Lesebeispiele: In Westdeutschland sind 4 Prozent der Oberschicht, 10 Prozent der Mittelschicht und 20 Prozent der Unterschicht rechtsextrem eingestellt.

In Ostdeutschland können sich 6 Prozent der zufriedenen Unterschicht, 9 Prozent der politikverdrossenen Unterschicht und 10 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht vorstellen, bei Bundestags- oder Landtagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen.

Tabelle 10: Die Zusammensetzung der Wählerschaften¹⁾ von PDS und REP/DVU/NPD nach Schichtzugehörigkeit und Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)		
	PDS	REP/DVU/NPD
Oberschicht[#]	35	18
Zufriedene [#]	*5	*0
Politikverdrossene [#]	14	*7
Systemverdrossene [#]	16	*11
Mittelschicht[#]	33	4
Zufriedene	*3	*0
Politikverdrossene	13	*0
Systemverdrossene	17	*4
Unterschicht[#]	32	79
Zufriedene	*2	*0
Politikverdrossene	11	25
Systemverdrossene	19	54

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).
Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Erläuterungen: Tabelle 4.

1) Sonntagsfrage.

Tabelle 11: Die Zusammensetzung der Wählerschaften¹⁾ von PDS und REP/DVU/NPD nach ausgewählten politischen Einstellungen in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)		
	PDS	REP/DVU/NPD
Beurteilung der Gesellschaftsordnung		
Eher gerecht	7	*3
Eher ungerecht	82	85
Bilanz der Wiedervereinigung		
Gewinner	18	*11
Verlierer	22	32
Antidemokratische Einstellungspotentiale ²⁾		
Autoritarismus	19	44
Nationalismus	8	28
Fremdenfeindlichkeit	18	51
Wohlstandschauvinismus	32	76
Pronazismus	*5	38
Antisemitismus	*5	37
Rechtsextremismus ³⁾	11	56

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).
Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

1) Sonntagsfrage.

2) Vgl. Übersicht 1.

3) Siehe dazu Anm. 6 im Text.

Tabelle 12: Die Zusammensetzung der Wählerschaften¹⁾ von PDS und REP/DVU/NPD nach ihrem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 und nach "Denkzettelwählern" in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)		
	PDS	REP/DVU/NPD
Wahlverhalten 1994 ²⁾		
CDU/CSU	6	18
SPD	9	10
FDP	1	2
B90/G	4	2
PDS	58	*1
REP	0	41
Sonstige	0	2
Nichtwähler	8	11
Nicht wahlberechtigt	5	5
WN/KA	9	7
Denkzettelwähler ³⁾	35	81

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).
 Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

- 1) Sonntagsfrage.
- 2) Rückerinnerungsfrage. Wegen geringer Fallzahlen wurde auf weitere forsa-Umfragen aus dem ersten Halbjahr 1998 zurückgegriffen (N=38105).
- 3) "Wollen Sie mit dieser Wahlentscheidung einer oder allen anderen Parteien wegen ihrer gegenwärtigen Politik einen Denkzettel verpassen?"

Tabelle 7: Schichten nach Zufriedenheit, Politik- und Systemverdrossenheit sowie Bundestagswahlabsicht im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt in der Bundesrepublik, Mai/Juni 1998 (%)

	Oberschicht [#]			Mittelschicht [#]			Unterschicht [#]			Insgesamt
	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	
CDU/CSU	32	15	17	25	11	14	27	22	12	19
SPD	27	36	32	33	40	28	32	34	28	30
FDP	5	*0	*2	2	2	*2	*1	*1	*1	2
B90/G	8	9	7	6	4	4	*1	2	2	4
PDS	*1	4	8	*1	4	5	*0	2	3	2
REP/DVU/NPD	*0	*1	*2	*0	*0	*1	*0	2	3	1
Nichtwähler	4	5	7	3	7	11	6	6	9	7
WN/KA	23	28	25	29	32	35	29	29	40	35
Anteil an der Bevölkerung	12	10	5	11	10	9	13	12	18	100

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=3186).

[#] Erläuterungen: Tabelle 4.

* Geringe Fallzahlen.

An 100% fehlende Angaben wegen nicht ausgewiesener sonstiger Parteien.

Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: 8 Prozent der systemverdrossenen Oberschicht, aber nur 3 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht wollen PDS wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären.

Tabelle 8: Schichten nach Zufriedenheit, Politik- und Systemverdrossenheit sowie Bundestagswahlabsicht im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt in Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)

	Oberschicht [#]			Mittelschicht [#]			Unterschicht [#]			Insgesamt
	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	Zufrieden	Polverdr	Systverdr	
CDU	16	12	6	38	11	13	30	20	8	14
SPD	40	46	34	18	37	20	30	20	30	27
FDP	*3	*1	*0	*1	*0	*2	*0	*0	*1	1
B90/G	*6	*4	*5	10	*2	*1	*0	*1	*1	2
PDS	10	16	19	*0	9	13	*4	12	8	9
REP/DVU/NPD	*0	*0	*0	*0	*0	*2	*0	5	*2	1
Nichtwähler	10	*2	*5	*0	8	8	*1	6	10	7
WN/KA	16	20	32	34	31	40	34	36	39	38
Anteil an der Bevölkerung	7	10	8	7	11	17	8	10	22	100

Wahlberechtigte Bevölkerung (N=1312).

[#] Erläuterungen: Tabelle 4.

* Geringe Fallzahlen.

An 100% fehlende Angaben wegen nicht ausgewiesener sonstiger Parteien.

Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: 19 Prozent der systemverdrossenen Oberschicht, aber nur 8 Prozent der systemverdrossenen Unterschicht wollen PDS wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären.